

Nr. **XIX. GP.-NR**
1250 **13**
1995 -06- 0 2

ANFRAGE

der Abgeordneten Pumberger, Rosenstingl Dr. Krüger, Aumayr, Mag. Praxmarer und Kollegen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend: die Zukunft der oberösterreichischen Nebenbahnen

Das steigende Defizit und die zunehmenden Finanzierungsprobleme der ÖBB waren Anlaß für Generaldirektor Draxler, anläßlich eines Medienseminars der ÖBB in Zell am See, die Einstellung defizitärer Bahnstrecken rigoros für den Fall zu fordern, daß die Länder oder der Bund die Abgänge nicht ausgleichen.

Dies hat zu einer Verunsicherung der Bevölkerung, die davon betroffen wäre, geführt, zumal von den Einstellungsplänen nicht weniger als ein Drittel des Streckennetzes, also durchaus auch wichtige und frequentierte Linien erfaßt wären.

Ein Spezialproblem in diesem Zusammenhang stellt Ihre Ankündigung dar, die Betriebsführung einzustellender Strecken in Hinkunft auszuschreiben, um eventuell private Betreiber zu finden: Dies ist zwar grundsätzlich äußerst löblich, da bekanntlich Privatbahnen teilweise wesentlich kostengünstiger arbeiten als die ÖBB und daher durchaus eine Chance bestünde, den einen oder anderen Verkehr weiterzuführen.

Daß es hierfür auch Interessenten gibt, zeigte ein entsprechendes Angebot der Firma Stern&Hafferl, die sich schon im Vorjahr für eine Übernahme oberösterreichischer Strecken interessierte. Leider zeigte sich bislang, daß die stark diskriminierenden Tarife für die Infrastrukturbenützung (die ÖBB bezahlen für das gleiche Betriebsprogramm etwa ein Drittel wie der Betreiber einer einzelnen Strecke) derartige Modelle, die im Ausland erfolgreich waren, bislang praktisch unmöglich gemacht haben.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr nachstehende

Anfrage:

1. Ist der Bund bereit, die Finanzierung der defizitären Nebenstrecken zumindest solange zu sichern, bis den Ländern bzw. Gemeinden, die nach Ihren Vorstellungen in Hinkunft hierfür aufkommen sollen – etwa auf dem Wege des von den Freiheitlichen seit langem geforderten und von Ihnen kürzlich angekündigten Nahverkehrsfinanzierungsgesetzes – entsprechende Mittel zur Verfügung stehen werden, zumal die MÖST-Gelder ja ausdrücklich für zusätzliche Aufgaben zweckgewidmet sind?

2. Welche Bahnstrecken sind von der Stilllegung bedroht?
3. Besteht in diesem Zusammenhang – abgesehen von den bereits gestellten Einstellungsanträgen – eine Prioritätenliste, wenn ja, wie sieht diese aus?
4. Ist es insbesondere richtig, daß auch der Fortbestand der Bahnstrecke Attnang–Ried–Schärding gefährdet ist?
5. Wenn ja, wie sieht die unmittelbare Zukunft dieser Strecke aus?
6. Wenn nein, gibt es in absehbarer Zeit eine Investitionsschub für den Ausbau dieser Bahnstrecke?
7. Ist es richtig, daß Sie beabsichtigen, die Betriebsführung der zur Einstellung vorgesehenen Strecken öffentlich auszuschreiben?
8. Ist Ihnen bewußt, daß aufgrund der bisherigen Tarifstruktur für die ÖBB–Infrastrukturbenützung, die Großabnehmer – also die ÖBB – extrem bevorzugt, eine solche Betriebsführung – im Gegensatz zu ausländischen Modellen – wirtschaftlich von vorneherein aussichtslos ist?
9. Halten Sie diese Diskriminierung für mit der einschlägigen EU–Richtlinie für vereinbar, wenn ja, warum?
10. Wieviel würde ein privater Bahnbetreiber, der nach ausländischem Vorbild die Betriebsführung auf staatlicher Infrastruktur übernehmen möchte für die ÖBB–Infrastruktur jeweils einer einzigen der demnächst einzustellenden Nebenbahnen (Siebenbrunn – Engelhartstetten, Mürzzuschlag – Neuberg, St. Paul – Lavamünd, Launsdorf – Hüttenberg, Hieflau – Eisenerz) beim aktuellen Betriebsprogramm jeweils bezahlen müssen, wieviel bezahlen die ÖBB dafür?
11. Sind Sie bereit, dafür zu sorgen, daß diese Tarife derart modifiziert werden, daß die von Ihnen vorgeschlagenen privaten Betriebsführungen wirtschaftlich überhaupt möglich werden, wenn nein, warum nicht?